

# Rechtsfragen der Kfz-Werkstatt

mit Erläuterungen der Kfz-Reparaturbedingungen



#### Vorwort

#### >> Prozessieren müssen heißt, auf dieser Welt schon verdammt sein!

So formuliert schon Molière in "Die Späße des Scapin". Das vorliegende Buch soll daher zum einen helfen Gerichtsprozesse möglichst ganz zu vermeiden oder – wenn unvermeidbar – möglichst zu gewinnen!

Im Zuge der sogenannten "Großen Schuldrechtsreform 2002" wurde das Vertragsrecht neu gestaltet, was auch zum Erfordernis umgestalteter Kfz-Reparaturbedingungen führte. Das über 100 Jahre lang praktisch unverändert geltende Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) war insbesondere unter dem Leitgedanken des Verbraucherschutzes verändert worden – und zwar im Wesentlichen ohne Übergangsfristen. Hinzu kam die für die Unfallschadensabwicklung bedeutsame Schadenrechtsreform zum 01.08.2002 und die Änderungen im Pflichtversicherungsgesetz zum 01.01.2003. Die vorliegende Auflage berücksichtigt die Gesetzgebung (inklusive der zum 11.06.2008 umgesetzten europäischen Verbraucherkreditrichtlinie und der zum 13.06.2014 in das BGB implementierten europäischen Verbraucherrechtrichtlinie) und Rechtsprechung bis Juli 2016 sowie die aus gegebenem Anlass im November 2015 aktualisierte Konditionenempfehlung der Kfz-Reparaturbedingungen.

Die gesetzlichen Regelungen und die Rechtsprechung zum Werkvertragsrecht, die Kfz-Reparaturbedingungen sowie die Fragen zu Schiedsstellen und Schiedsgutachterverfahren für das Kfz-Gewerbe werden in ihrer Bedeutung für den Betrieb erklärt.

Dieses Handbuch soll und kann nicht Gesetzeskommentare oder sonstige Spezialliteratur und ebenso wenig die oft notwendige Beratung durch Rechtsanwälte ersetzen.

Ziel ist vielmehr den Leser als Praktiker sensibel für rechtliche Fallen zu machen und ihm das juristische Handwerkszeug zu geben, im Tagesgeschäft rechtssicher zu handeln sowie eine vernünftige Entscheidungshilfe parat zu haben. Der ja heute vielfach zertifizierte (leid-) geprüfte Serviceberater muss immer mehr die "eierlegende Wollmilchsau" im Autohaus verkörpern. Man sagt, hier müssen die Manieren des Chefportiers des Hotels Vierjahreszeiten, das Wissen eines Diplomingenieurs und das psychologische Einfühlungsvermögen eines Nervenarztes zusammenkommen. Aber versprochen: Die richtigen juristischen Kenntnisse dazu und es wird richtig Spaß machen!

Die wesentlichen in der Praxis auftauchenden Problemkonstellationen werden anhand von zahlreichen Beispielen dargestellt. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die Methode, nur Einzelfälle unter Hinzuziehung von Rechtsprechungsrecherchen zu beleuchten, nicht die glücklichste ist. Aufgrund der sich ständig ändernden Rechtsprechung und der Einzigartigkeit jedes praktischen Falles arbeitet derjenige letztlich erfolgreicher, der einmal das "Grundsystem" verinnerlicht und verstanden hat. Daher

musste auch unterschieden werden zwischen den gesetzlichen Regelungen zum Werkvertragsrecht und den Besonderheiten bei wirksamer Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), hier der Kfz-Reparaturbedingungen.

Das Ziel ist erreicht, wenn der Autohausinhaber oder Geschäftsführer, der Werkstattleiter, der Serviceberater und Teiledienstleiter durch dieses Buch routinemäßig, unaufwendig und für den Kunden unauffällig die relevanten Maßgaben im Rechtsverhältnis für den Fall einer späteren Auseinandersetzung gerichtsverwertbar sichern und selbstständig entscheiden kann, dem Kunden nachzugeben oder es auf einen Rechtsstreit ankommen zu lassen.

Die Härte der Branche hatte auch im Jahr 2015 kaum nachgelassen. Das Werkstattgeschäft war aufgrund mangelnder Wartungsarbeiten und Reparaturarbeiten pro Fahrzeug laut DAT rückläufig. Bei in etwa gleicher Werkstättenanzahl (ca. 21.000 freie und ca. 17.500 markengebundene Werkstätten) bedeutet das demnach erheblichen Wettbewerbsdruck. Dennoch erwartet die Branche auch für das Jahr 2016 ein recht stabiles Werkstattgeschäft auf bisherigem Niveau.

Der Handwerksumsatz (Kfz-Werkstatt: Lohn, Ersatzteile, Zubehör) ist mit ca. 20 Milliarden EUR im Jahr 2015 (etwa 12 Milliarden EUR für Fahrzeugwartung und knapp über 8 Milliarden EUR für Reparaturen von z. B. Verschleißschäden) hinter dem Neuund Gebrauchtwagenhandel die drittstärkste Komponente im Kfz-Gewerbe. Zwar gibt es inzwischen insgesamt etwa um die 60 Millionen Kfz in Deutschland (allein Pkw im Jahr 2015 über 50 Millionen) bei etwa 5.000 verschiedenen Modellen und der durchschnittliche Autofahrer gibt im Laufe seines mobilen Lebens ca. 330.000 EUR für seine – statistischen – 11 Pkw aus – inklusive Kraftstoff, Versicherungen etc. Doch lassen Autofahrer die Werkstätten trotz insgesamt mehr als 600 Milliarden km jährlich vielfach "links liegen". Immer seltener werden für moderne Autos Werkstattbesuche fällig. Derzeit rechnet z. B. das Institut für Automobilwirtschaft an der Fachhochschule Nürtingen (IFA) mit einem durchschnittlichen Inspektionsintervall von 30.000 Kilometern. Gleichzeitig sinkt die Instandsetzungszeit von 4,5 auf 2,5 Stunden pro Auto. Aufgrund des hohen Alters der Fahrzeuge sollte sich dennoch eigentlich à la longue ein positiver Gesamttrend abzeichnen mit lediglich Schwankungen auf zumindest relativ hohem Niveau. Allein im Jahr 2015 gab es laut DAT immerhin ca. 64,4 Millionen Reparatur- und Wartungsaufträge (damit allerdings 4,6 % weniger als 2014). Etwa 8 Millionen Autos werden jährlich bei der Hauptuntersuchung zur Wiedervorführung verpflichtet.

Die spezialisierten Anforderungen spiegelten sich auch schon in den aktuellen Bezeichnungen wie der Berufsausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker und zum Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker seit dem Jahr 2003. Des Weiteren zeigte sich der harte Wettbewerb bereits in einem Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt am Main vom 28.04.2005, Az. 6 U 36/05: Dort wurde festgestellt, dass eine Werkstatt, welche als "normale" Autowerkstatt bei fehlender Eintragung in die Handwerksrolle

wirbt, irreführende Werbung betreibt. Die Zulassungsregelungen der Handwerksordnung stellen dennoch (auch) Marktverhaltensregeln dar. Die Werbung, insbesondere der einschränkungslose Hinweis "Kfz-Reparaturen" erwecke den Eindruck, bei dem Unternehmen handele es sich um eine Autowerkstatt, welche dem Kraftfahrzeugtechnikerhandwerk zuzuordnende Leistungen in einem Umfang oberhalb der Grenze des "Minderhandwerks" biete. Daher sei in dem Falle die unzutreffende und daher irreführende Vorstellung provoziert worden, die Werkstatt sei entsprechend den dann gesetzlichen Vorgaben in die Handwerksrolle eingetragen.

Meiner Ehefrau Rechtsanwältin Carolin Hake danke ich erneut für die Unterstützung bei der Aktualisierung des Buches sowie meinem Sohn Vincent Walter und meiner Tochter Charlotte Lydia Annelene für das "so-lange-brav-sein" und Entspannung zwischendurch mit purer Freude. Ebenso danke ich Herrn Rechtsanwalt Frank Schwenzner und Herrn Rechtsanwalt André Hochmann aus meiner Kanzlei für wiederum wertvolle Hinweise und Beiträge, dem Kollegen Hochmann insbesondere auch für die Durcharbeitung des Manuskripts sowie Frau Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte Jasmin Grassert aus unserem Sekretariat für dessen Erstellung. Ebenso danke ich der Lektorin des Verlags, Frau Kerstin Bandow, für die wertvolle, langjährige (und geduldige) Betreuung des Werks nun schon über mehrere Auflagen und dabei insbesondere für die immer frischen und stimmigen Ideen zu Inhalt, Sprache und Layout. Auch weiterhin bleibe ich dankbar für die Mitteilung unveröffentlichter Gerichtsentscheidungen aus der Praxis der Leserschaft sowie Anregungen, wo aktuell "der Schuh drückt", unter:

HAKE Rechtsanwälte Münsterstraße 5 (HAMTEC Haus 4) 59065 Hamm Telefon: 02381/307550 Telefax: 02381/3075525 kontakt@hake-rechtsanwaelte.de

Rechtsanwalt K. Martin Hake im Juli 2016

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Der Abschluss des Kfz-Werkvertrages	7
2.1	Hat das Autohaus Vorteile durch die Einbeziehung der Kfz-Reparaturbedingungen?	
	Was sind die Voraussetzungen der wirksamen Einbeziehung?	9
2.2	Sind mündliche und telefonische Vereinbarungen sowie außer Haus geschlossene	
	Werkverträge rechtswirksam? Was gilt dann betreffend der Einbeziehung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen?	13
2.3	Handhabung bei Verwendung von "24-Stunden-Annahme-Kundenauftragstüten"	
	oder auch sonstigem Vertragsschluss per Brief, Telefax, E-Mail, SMS etc	21
3	Wie ist das Zustandekommen des Kfz-Werkvertrages durch Angebot	
	und Annahme allgemein geregelt?	25
3.1	"Machen Sie alles, was notwendig ist" – der pauschale Reparaturauftrag und	
	das Gegenteil – die Behelfsreparatur	32
3.2	Der unbestimmte Reparaturauftrag	35
3.3	Die nachträgliche Auftragserweiterung	36
3.4	Datenschutz in der Werkstatt	40
4	Welche Besonderheiten gelten beim Zustandekommen	
	des Reparaturauftrages durch die Einbeziehung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen?	43
5	Die Kfz-Reparatur bei Unfallschäden – verbunden mit erlaubter	
	Rechtsdienstleistung	45
5.1	Die Abtretung	51
5.2	Die Reparaturkosten-Übernahmebestätigung	53
5.3	Aktuelles zur Rechtslage bei der Unfallschadensabwicklung	55
5.3.1	Wie ermittelt man die gegnerische Haftpflichtversicherung?	55
5.3.2	Abgrenzung Reparaturschaden/Totalschaden	57
5.3.3	Ständiger Zankapfel: Erhöhte Restwertangebote	59
5.3.4	Der Mehrwertsteueransatz nach aktuellem Recht	60
5.3.5	UPE-Aufschläge und Verbringungskosten sowie markenvertragswerkstattspezifische	
	Stundenverrechnungssätze	67
5.3.6	Mietwagen	68
5.3.7	Gutachterhilfskosten und mehr	69
5.3.8	Rechtsdienstleistungskosten	71
5.3.9	Methoden der Zahlungsbeschleunigung	72
5.3.10	Aktuelles Pflichtversicherungsgesetz und Auslandsschäden	75
5.4	Exkurs: Aktuelles Verkehrsrecht	77

XII

6	Die Regelungen zur Vergütung und zur Preisauszeichnung	81
6.1	Der Kostenanschlag	83
6.2	Besonderheiten zur Vergütung und zum Kostenanschlag unter Anwendung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen	89
7	Fertigstellungs-, Abnahme- und Zahlungsfristen beim Werkvertrag	93
7.1	ohne Einbeziehung der Kfz-Reparaturbedingungen	95
7.2	mit Wirkung der Kfz-Reparaturbedingungen	96
7.2.1	Der unverbindliche Fertigstellungstermin	97
7.2.2	Der verbindliche Fertigstellungstermin	98
7.3	Das "Fixgeschäft"	100
7.4	Höhere Gewalt	101
7.5	Die Abnahmepflicht des Kunden (Fahrzeug repariert – Kunde holt nicht ab)	102
7.6	Die richtige Formulierung der Reparaturrechnung	109
7.7	Wenn die üblichen Arbeitswerte und Richtzeiten nicht eingehalten werden	
	können – Erschwerniszuschläge	113
7.8	Was geschieht mit Altteilen?	114
7.9	Muss der Kunde Probefahrten, Unteraufträge und Fremdarbeitszuschläge	
	der Werkstatt genehmigen?	115
8	Besonderheiten zur Zahlungspflicht bei Vereinbarung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen	119
8.1	Barzahlungspflicht des Kunden	120
8.2	Verbot der Aufrechnung gegen Forderungen des Autohauses	122
8.3	Vorauszahlung	123
9	Sicherungsrechte des Autohauses im Werkstattbereich	125
9.1	Eigentumsvorbehalt	126
9.2	Zurückbehaltungsrecht	130
9.3	Pfandrecht	131
9.4	Besonderheiten zum Werkunternehmerpfandrecht bei Vereinbarung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen	137
10	Sachmängelhaftung	143
10.1	Nacherfüllung und die weiteren Sachmängelhaftungsrechte im Werkvertragsrecht $\dots$	145
10.2	Besonderheiten zu den Sachmängelhaftungsrechten bei Vereinbarung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen	154
10.2.1	Die Mängelanzeige	155
10.2.2	Die Nacherfüllung	156
11	Rechtsgrundlagen zur Haftung des Autohauses im Werkstattbereich	161
11.1	Die Haftung der Kfz-Werkstatt ohne Einbeziehung der Kfz-Reparaturbedingungen	163
11.2	Die eingeschränkte Haftung der Werkstatt bei Vereinbarung der	
	Kfz-Reparaturbedingungen	163

11.3	Die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten als Pflichtverletzung im Sinne	
	von § 280 BGB	168
11.3.1	Die Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss (cic) – technische und wirtschaftliche	
	Beratungspflicht	169
11.3.2	Die Haftung wegen positiver Vertrags-Verletzung (pVV) – Beschädigung des Fahrzeugs	
	bei Reparaturarbeiten und Fehler bei der Fehlersuche	172
11.4	Schwarzfahrten – die allgemeine Deliktshaftung des Autohauses und dessen	
	Mitarbeitern	175
11.5	Die Produkthaftung – Gefahr auch für die Werkstatt?	178
11.6	Betriebsversicherungen	180
11.7	$Die  Stra {\tt Benverkehrszulassungsordnung}  und  vergleich bare  {\tt Regelungsmaterien}  \ldots .$	180
12	Wann verjähren Ansprüche für und gegen die Werkstatt bzw.	
	das Autohaus? – Hemmung und Neubeginn von Verjährungsfristen	183
12.1	Die Verjährung der Sachmängelhaftungsrechte des Kunden	184
12.1.1	Gesetzliche Grundregelung der Sachmängelhaftungsverjährung	184
12.1.2	Reduzierung der Verjährungsfristen für Sachmängelhaftungsansprüche	
	durch Vereinbarung	187
12.2	Verjährung von Schadensersatzansprüchen	192
12.3	Verjährung von Kaufpreis- und Werklohnansprüchen	192
	Serviceteil	
	Kfz-Reparaturbedingungen 11/2015	194
	Stichwortverzeichnis	106



## **Einleitung**

#### Zusammenfassung

Das erste Kapitel steckt den Rahmen ab, in welchem sich die Rechtsfragen der Kfz-Werkstatt abspielen. Es erläutert die Rolle von BGB, AGB & Co.

Zivilrecht (oder auch Privatrecht, Bürgerliches Recht) nennt man das Rechtsgebiet, in welchem nicht nur das Recht des Kfz-Verkaufs und dessen Vermietung, sondern auch das Recht der Kfz-Reparatur und -wartung einschließlich der wesentlichen Vorschriften des Unfallschadensersatzrechts eingebettet sind. Das Zivilrecht umfasst die gesamten Rechtsbeziehungen der einzelnen Bürger zueinander und die Verhältnisse der nicht hoheitlichen Gemeinschaften, z. B. gesellschaftsrechtliche Zusammenschlüsse wie Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) oder Vereine (e.V.), zueinander und zu ihren Mitgliedern.

Für die Darstellung des Rechts der Kfz-Reparatur und -wartung sind von Bedeutung:

#### Bürgerliches Gesetzbuch (BGB):

Das BGB, in welches das Werkvertragsrecht eingebettet ist (§§ 631 ff.) wurde durch die Große Schuldrechtsreform 2002 im schuldrechtlichen Teil zum 01.01.2002 erheblich geändert. Eine derart umfassende Änderung durchzuführen war zunächst umstritten. Aufgrund europarechtlicher Richtlinien - allen voran der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie – hätte nur ein Teil der neuen Regelungen zum 01.01.2002 in Kraft treten müssen. Der Gesetzgeber hatte jedoch die Gelegenheit beim Schopf ergriffen, das gesamte BGB einer "Verjüngungskur" zu unterziehen. Dieser Gedanke war grundsätzlich nicht verkehrt, allerdings wird zu Recht kritisiert, dass das Gesetz allzu sehr "mit der heißen Nadel gestrickt" worden ist. Bei dieser umfassenden sogenannten "Großen Lösung" wurden vor allem das Verjährungsrecht, das Recht der Leistungsstörungen und insbesondere das Kauf- und Werkvertragsrecht neu gestaltet. Außerdem wurden schuldrechtliche Sondergesetze, allen voran das AGBG (Gesetz zur Regelung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen) in das BGB integriert und auch von der Rechtsprechung entwickeltes sogenanntes Gewohnheitsrecht, wie das "Verschulden bei Vertragsschluss" (cic) und die "positive Vertrags-Verletzung" (pVV) sowie die Grundsätze des "Wegfalls der Geschäftsgrundlage" kodifiziert, also zum Gesetz gemacht. Es folgte zum 01.08.2002 die Schadenrechtsreform mit erheblichen Auswirkungen auf die Unfallschadensabwicklung sowie zum 11.06.2008 die Umsetzung der europäischen Verbraucherkreditrichtlinie für Finanzierungsgeschäfte und zum 13.06.2014 die Umsetzung der europäischen Verbraucherrechterichtlinie, mit welcher u. a. die berüchtigten "Außergeschäftsraumverträge (AGV)" kodifiziert wurden, in Ersetzung der früher sogenannten Haustürgeschäfte.

Konkret für den Werkvertrag gelten für die Werkstatt nach dem neuen Recht schlagwortartig folgende Besonderheiten, welche in den einzelnen Kapiteln dieses Buches näher ausgeführt werden:

- Die Haftung der Werkstatt für M\u00e4ngel ist an die \u00e4nderungen im Kaufrecht angepasst.
- Der Kunde kann Ansprüche auf Nacherfüllung, Selbstvornahme, Minderung bzw.
   Rücktritt unabhängig von der Abnahme geltend machen.
- Beim früheren Werklieferungsvertrag findet nunmehr nur noch Kaufrecht Anwendung, § 651 BGB alter Fassung ist weggefallen.
- Die Rechtsinstitute der cic und pVVsind über die Paragraphenkette §§ 634 Nr. 3, 280, 281, 283 bzw. 311 a Abs. 2 BGB in das Werkvertragsrecht integriert; durch die Bezugnahme auf § 280 BGB sind auch Mangelfolgeschäden ersatzfähig.

3 1

- Die gesetzliche grundsätzliche Sachmängelhaftungsfrist beträgt gemäß § 634 a, Abs. 1 Nr. 1 BGB für Autoreparaturen nunmehr zwei Jahre (früher sechs Monate).
- Kostenanschläge (wie "Kostenvoranschläge" jetzt im Gesetz genannt werden) sind gemäß § 632 Abs. 3 BGB nur zu vergüten, wenn dies zuvor zwischen den Vertragsparteien vereinbart worden ist, wobei eine Vergütungspflicht nicht durch AGB (hier konkret die Kfz-Reparaturbedingungen) vereinbart werden kann.
- Vertragskosten (§§ 634 Abs. 4, 467 BGB alter Fassung) sind jetzt als "frustrierte Aufwendungen" über die §§ 280, 284 BGB ersatzfähig.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch, dass die Zivilprozessordnung (ZPO) ebenfalls zum 01.01.2002 Änderungen erfahren hat. Beispielsweise sind dort die Voraussetzungen für Rechtsmittel modifiziert worden. Des Weiteren ist jetzt – zumindest theoretisch – eine Gerichtsverhandlung per Videokonferenz möglich, wenn alle Beteiligten zustimmen.

Inzwischen gibt es zu vielen umstrittenen Punkten bei der Auslegung der neuen Vorschriften bereits eine so bezeichnete herrschende Rechtsprechung, also einen Trend, dem sich die meisten Gerichte anschließen.

#### Gruppenfreistellungsverordnung (GVO):

Die EU-Kommission hat zum 27.05.2010 die überarbeiteten Wettbewerbsregeln für den Kraftfahrzeugsektor erlassen, Kfz-GVO 461/2010. Diese gilt bis 31.05.2023. Die Vorgaben für die Werkstätten sind bereits am 01.06.2010 in Kraft getreten. Die Änderungen für den Kfz-Handel gelten, nach einer Übergangsphase, ab dem 01.06.2013. Seit dem greift die vorgenannte Kfz-GVO 461/2010 bzw. für den Primärmarkt, also den Verkauf von Neufahrzeugen, die Vertikal-GVO ("Schirm-GVO") 330/2010. Kunden-Schützer befürchten hierdurch Nachteile für Verbraucher, weil auf dem Markt für Kfz-Teile und Reparaturen nun die Gefahr einer Monopolisierung bestehe. Man mutmaßt dort, die Hersteller/Importeure würden versuchen, neuen Spielraum zu nutzen und die Kunden z. B. mit Komplettangeboten, welche Versicherungen, Inspektionen und Reparaturen umfassen, dauerhaft an die Vertragswerkstatt zu binden. So sei man z. B. beim ADAC in Sorge, dass die Hersteller/Importeure auf diese Weise versuchen werden, freie Kfz-Teileanbieter und Werkstätten vom Markt zu drängen. Letztlich ergeben sich rein für den Aftersales-Bereich durch die neue Kfz-GVO tatsächlich jedoch keine entscheidenden Änderungen für die Praxis. Es bleibt dabei, dass jede Werkstatt, welche die Standards eines Herstellers/Importeurs erfüllt zum Werkstattnetz zugelassen werden muss. Für den Bezug von Ersatzteilen allerdings entfällt die Zulässigkeit der Verpflichtung von autorisierten Werkstätten, mindestens 30 % der Ersatzteile beim Hersteller/Importeur kaufen zu müssen. Wie bisher bleibt es dabei, dass Hersteller z. B. ihre Neufahrzeuggarantien nicht mehr davon abhängig machen dürfen, dass alle Inspektionen etc. von markengebundenen FachVertragswerkstätten durchgeführt worden sind. Es genügt, wenn die freie Werkstatt (vom Kunden nachzuweisen!) nach den Herstellerrichtlinien (zu denen daher für die freie Werkstatt ein Anspruch auf Zugang besteht) gearbeitet hat.

Die EU-Kommission verspricht sich von den überarbeiteten Wettbewerbsvorschriften für Vereinbarungen zwischen Kfz-Herstellern/Importeuren und deren zugelassenen Werkstätten und Ersatzteilanbietern, dass der Wettbewerb auf dem Markt für Instand-

setzungs- und Wartungsdienstleistungen gestärkt wird, da der Zugang zu erforderlichen Reparaturinformationen und die Verwendung alternativer Ersatzteile erleichtert werde. Die neuen Regelungen seien für den Kunden, insbesondere den Verbraucher, besonders deshalb von Interesse, weil auf Reparaturen schätzungsweise 40 % der Gesamtkosten der Fahrzeughaltung entfallen und diese Kosten in den letzten Jahren gestiegen sind.

#### Sondergesetze:

Das Handelsrecht, also das Sonderrecht der Kaufleute, im Wesentlichen geregelt im Handelsgesetzbuch (HGB) mit den dazugehörigen eng verwandten Gebieten des GmbH-Rechts, Wertpapierrechts etc., und das sogenannte Wirtschaftsrecht, also das Sonderrecht der gewerblichen Wirtschaft, welches insbesondere das Gewerberecht und das Wettbewerbsrecht zusammenfasst.

#### Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB):

AGB sind kein Gesetz, keine allgemeine Richtlinie und auch kein Gewohnheitsrecht. Sie gelten als insoweit für die Werkstatt günstige Abweichung vom insbesondere verbraucherfreundlichen Gesetzesrecht nur dann, wenn sie in einen konkreten Vertrag wirksam einbezogen worden sind. Für das Kfz-Gewerbe empfiehlt der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e.V. (ZDK) unverbindlich sogenannte Kfz-Reparaturbedingungen, die in jeden Werkstattauftrag einbezogen werden sollten (ein Muster finden Sie im Anhang des Buches). Ebenso gibt es unverbindlich empfohlene AGB für den Neu- und Gebrauchtwagenverkauf, die sogenannten Neuwagen- und Gebrauchtwagenbedingungen (NWVB und GWVB), die der ZDK gemeinsam mit dem Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA) und dem Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e.V. (VDIK) entwickelt hat. Für den Teilverkauf sind ebenfalls AGB entwickelt und vom ZDK empfohlen worden, die Teile-Verkaufsbedingungen (TVB).

#### Rechtsprechung:

Die gesetzlichen Vorschriften sind sehr abstrakt formuliert. Sie geben nur die ungefähre "Marschrichtung" dessen vor, was der Gesetzgeber für gerecht hält. Dies gilt auch für den Bereich des Werkvertragsrechts. Geregelt sind dort nur die allgemeinen Grundsätze zur Bearbeitung von Sachen und nicht speziell zur Reparatur und Wartung von Kfz. Das BGB unterscheidet nämlich nur zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen und kennt daher keine bestimmten Gegenstände wie z. B. Autos. Das BGB ist nach ca. 30-jähriger Erarbeitung in seiner grundlegenden Fassung bereits zum 01.01.1900 in Kraft getreten, also zu einem Zeitpunkt, als man an Kfz – jedenfalls als Massenprodukte – noch nicht dachte.

Die spezifischen Rechtsfragen, welche für die Praxis der Werkstatt im Autohaus entscheidend sind, werden daher durch die Rechtsprechung beantwortet. Es werden vielerlei Gerichtsurteile, insbesondere der höheren Gerichte, gesammelt und veröffentlicht, in welchen die Gesetze im konkreten Einzelfall angewendet und ausgelegt werden. Im Gegensatz zu den abstrakten Gesetzen, welche ja nur selten geändert werden, sind die Rechtsprechungslinien der Gerichte ständig im Wandel. Einzelne Gerichtsurteile zu bestimmten Problemkonstellationen, welche man dann in der (branchenspezifischen) Fachpresse oder auch Tagespresse lesen kann, sind nicht zwingend dauerhaft verlässlich. Hauptgrund da-

5 1

für ist, dass kein Fall exakt dem anderen gleicht und die Gerichte natürlich immer einen konkreten Lebenssachverhalt und nicht nur eine abstrakte Rechtsfrage zu entscheiden haben. Zudem gibt es die richterliche Unabhängigkeit, d. h. kein Richter ist gezwungen, sich an die Rechtsauffassung eines anderen, sei es auch höheren, Gerichtes zu halten. Daher die vielzitierte (eigentlich dem unserem ähnelnden alten römischen Recht und nicht den deutschen Stammtischen entstammende) Erkenntnis:

#### >> Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand.

Insbesondere die unteren Instanzen – beispielsweise Einzelrichter beim Amtsgericht – sind oft extrem verbraucherfreundlich, mit der Folge, dass der Hebel zulasten von Firmen angesetzt wird. Manche Richter neigen allzu sehr zu dem Schema, dass konkret "das große böse Autohaus" gegenüber dem "armen kleinen unbedarften Kunden" trotz an sich klarer, für das Autohaus sprechender Rechtslage erhebliche Zugeständnisse zu machen hat. Dass auch Autohäuser unter wirtschaftlichem Druck stehen und – um den Betrieb einschließlich der Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten – auf pünktliche und vollständige Zahlung für die geleistete Arbeit angewiesen sind, wird dabei gelegentlich übersehen. In den Fällen, in welchen mangels weiterer Rechtsmittel das Gericht letztinstanzlich entscheiden kann, werden daher Autohäuser leider manchmal gezwungen ungerechtfertigte Zugeständnisse zu machen, um nicht einen Prozess komplett zu verlieren. Dabei müsste man heute manchmal eher den Unternehmer vor seinem Kunden (insbesondere dem Verbraucher) schützen und nicht umgekehrt.

#### Der Prozess<sup>1</sup>

Erfreulicherweise kommt es statistisch gesehen im Werkstattbereich gegenüber Kaufgeschäften relativ selten zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Autohaus und Kunde. Regelmäßig sollte ein gerichtlicher Streit, wenn eben möglich, auch vermieden werden. In jedem Falle ist neben den Risiken Zeitverlust, Ansehensverlust und dem (selbst bei gewonnenem Prozess) Verlust des Prozessgegners als Kunden (wie sagt man so treffend: "Den Prozess mit seinem Kunden hat noch niemand gewonnen!") zusätzlich das Kostenrisiko zu bedenken. Hier gilt der Grundsatz:

#### >> Die Mühen des Anwalts sind oftmals vergebens, aber niemals umsonst!

Oft ist es daher besser, sich zu "einigen", juristisch ausgedrückt: sich zu vergleichen. Einen Überblick über die Prozesskosten nach dem aktuellen Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) finden Sie in Martin Hake, Forderungsmanagement im Autohaus, ▶ Kap. 4.2.1.

Die meisten Prozesse gehen für das Autohaus nicht aus Rechtsgründen verloren, sondern weil der tatsächliche Lebenssachverhalt nicht gerichtsverwertbar nachgewiesen werden kann. Recht zu haben, reicht nicht. Wird möglichst früh ein Rechtsanwalt eingeschaltet, lassen sich die juristische Fragen im Vorhinein einigermaßen voraussehbar klären. Es lastet jedoch nach der ZPO grundsätzlich auf jeder Partei die sogenannte Beweislast für

<sup>1</sup> Zu Einzelheiten der Möglichkeiten bei Unvermeidbarkeit eines Rechtsstreits siehe: Martin Hake, Forderungsmanagement im Autohaus, ► www.springer-automotive-shop.de, Bestell-Nr. 184, dort Kapitel 4.

#### Stichwortverzeichnis

### A

Abnahme 2, 93, 102, 103, 104, 105, 106, 109, 184, 186, 191, 192 Abtretung 51, 52, 65 Abtretungserklärung 45, 52, 53, 55 Abwehrklausel 18 Allgemeine Geschäftsbedingungen 4 Altteile 114 Angebot und Annahme 17, 26, 43 Anscheins- bzw. Duldungsvollmacht 32 Arbeitsleistung 69, 110, 111, 113 Arbeitsstunden 110, 111 Arbeitswerte 82, 110, 111, 113 Aufrechnungserklärung 122 Aufrechnungsverbot 122, 123 Auftragserweiterung 6, 25, 36, 37, 38, 39 Auftragstüte 21, 23 Auslandsschaden 75 Außergeschäftsraumverträge 2, 8, 18

#### B

Bagatellschadengrenze 85 Bagatellschadensgrenze 85, 87, 88 banküblicher Vorbehalt 121 Barscheck 121 Barzahlungspflicht 120 Behelfsreparatur 32, 34, 188 Beratungspflicht 38, 39, 169, 170, 171 Besitz 103, 108, 130, 131, 132, 135, 136, 137, 138, 139 Betriebsgefahr 52,77,78,79 Betriebsunfähigkeit 158 Beweislast 5, 30, 102, 104, 135, 166 Beweislastentscheidung 167 Beweislastumkehr 104, 145, 185 Billig-Reparatur 34, 61, 65, 66 Boten 136

### D

Datenschutz 40

#### E

Eigentum 40, 108, 114, 126, 127, 128, 129, 131, 135, 137
Eigentumsvorbehalt 126, 127, 128, 129, 130, 139
Einbeziehung von AGB 9, 12, 13, 15

Einschreiben 136 Erfüllungsgehilfe 163, 164, 165, 166 Erfüllungsort 157 Erfüllungsort für die Reklamation 157 Ersatz vergeblicher Aufwendungen 153 Euroscheck 122

#### F

Fahrlässigkeit 96, 99, 102, 140, 151, 152, 164

- grobe 78, 99, 164, 165
- leichte 99, 165, 190

faktisch öffentliche Verkehrsfläche 177 Fehlersuche 35, 149, 174, 175 Fernabsatz 14, 23 Fertigstellungstermin 44, 96, 97, 98,

- 99, 100, 101 - unverbindliche 97
- verbindlicher 44, 98Festpreis 34, 175

Fremdarbeitszuschlag 115, 116, 117 Fundsache 108, 109

### G

Garantenpflicht 39
Gemeinkosten 112
Geschäftsführung ohne Auftrag 105
Gewaltbefugnis 39
gutgläubige Erwerb eines Pfandrechts 138
GVO 3

#### Н

Haftung des Autohauses 29, 161 Hochstufungsschaden 74 höhere Gewalt 78, 101

Insolvenzordnung 126 Insolvenzverfahren 128

### K

Kaskorecht 48, 49, 51, 58, 68, 87 kaufmännisches Bestätigungsschreiben 28, 29 Kfz-Sachverständiger 84
Kleinteile 112
Kostenanschlag 3, 10, 26, 71, 81, 83, 84, 85, 86, 89, 90, 91, 92, 170, 171
Kostenvoranschlag

– Kostenanschlag 83

Leasingfahrzeug 137, 138, 139 Leistungszeit 95, 97, 100, 102

#### M

Mahnung 95, 99, 102, 107, 135, 136 Mängelanzeige 155, 156 Mangelbegriff 146 Mängelbeseitigung 145, 146, 147, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160 Mehrarbeit 37 Mehrwertsteuer 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 113 Minderung 2, 146, 147, 152, 153 mutmaßliche Einwilligung 37

#### N

Nachbesserung 145, 146, 147, 148, 149, 155, 156, 157, 158, 177, 185

Nacherfüllung 143, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 156, 157, 158

### 0

ortsübliche Aufbewahrungsgebühr 106, 107

#### P

Pauschalaufträge 33
Pfandrecht 126, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140
Pflichtverletzung 133, 153, 163, 164, 168, 169, 172, 175
positive Vertrags-Verletzung (pVV) 2, 169
Probefahrt 115, 116, 167, 169
Produkthaftung 154, 156, 178, 179, 180
Produkthaftungsgesetz 154, 179

Prozesskosten 5

#### R

Rechtsdienstleistung 45
Rechtsdienstleistungsgesetz 49
Rechtsdienstleistungskosten 71
Reparaturkosten-Übernahmebestätigung 53, 54, 55, 65
Reparaturrechnung 31, 48, 57, 61, 65, 74, 84, 85, 103, 109, 112, 113, 122, 123, 126, 133, 136, 139, 140, 158, 160, 192
Rücktritt 2, 100, 101, 143, 146, 147, 152
rügelose Abnahme 103, 104

#### S

Sachmängelhaftung 143, 144, 145, 146, 150, 152, 154, 156, 157 Sachmängelhaftungsansprüche 145, 147, 149, 152, 159 Schadensersatz 95, 96, 97, 105, 143, 146, 147, 153, 167, 172, 176, 178 Schadensersatzansprüche 75, 169, 172, 192 Schadensminderungspflicht 87, 171 Schiedsverfahren 6 Schwarzarbeit 159 Schwarzfahrten 175 Selbstvornahme 2, 146, 147, 152, 156, 158 Selbstvornahmerecht 146 Skonto 120, 121 Sowieso-Kosten 158 Stammkunde 15, 16, 33, 37, 40, 121 Standgeld 55, 105, 106, 107, 139 Stundenverrechnungssatz 36, 67, 82, 83, 110

#### Τ

Terminüberschreitung 98, 99 Totalschaden 57, 58, 59, 61, 63, 73

#### U

unbestimmter Reparaturauftrag 35 unbestimmter Reparaturumfang 27 unentgeltlicher Verwahrungsvertrag 105 Unfallschäden 45 Unfallschadensabwicklung 47, 48, 49, 50, 51, 55, 69, 71, 72, 80, 86, 112, 178 Unteraufträge 115, 116 Unternehmer 26, 27, 52, 60, 95, 96, 143, 147, 148, 150, 152, 154, 164

#### V

verbindlicher Fertigstellungstermin 98
Verbraucher 8, 10, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 23, 42, 61, 62, 63, 65, 71, 82, 150, 154, 157, 164, 185, 187, 188, 189, 192
Vergütung 8, 26, 27, 36, 71, 72, 81, 82, 83, 84, 89, 90, 91, 105, 110, 174
Verjährung 184, 186, 187, 189, 191, 192
– Neubeginn der 158, 184
Verjährungsfrist 104, 155, 158, 164, 184, 185, 186, 187, 190, 191, 192
Verrechnungsscheck 121
Verrichtungsgehilfe 165, 166, 175
Verschulden bei Vertragsschluss (cic) 29, 163
Versteigerung 134, 135

Verzug 72, 74, 95, 96, 99, 102, 122 Verzugsschäden 133 Verzugsschadensersatz 96 Verzugszinsen 120, 122, 136 Vollabtretung 52 Vorsätzliches oder gar absichtliches Handeln 164

#### W

Warnhinweis 39

Werklohn 8, 82, 102, 105, 109, 134, 144, 153, 184

Werkunternehmerpfandrecht 103, 105, 123, 130, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 139, 141

Werkvertrag 2, 7, 8, 9, 13, 15, 16, 18, 19, 21, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 34, 35, 53, 83, 84, 93, 102, 104, 123, 131, 133, 137, 139, 140, 144, 147, 148, 149, 152, 157, 160, 170, 184, 186, 187, 188, 191, 192

Werkvertragsrecht 184, 185, 188, 189

wesentlicher Bestandteil einer

Sache 127

#### Z

Zahlungsbeschleunigung 72, 73
Zahlungspflicht 119
Zulassungsbescheinigung 30, 103, 131, 135, 139, 180, 181
Zurückbehaltungsrecht 105, 120, 126, 130, 131, 133, 134, 137
Zwangsversteigerung 106
zwingender Notfall 158